

BUND Naturschutz zieht positive „Grüne Bilanz 2018“

GROßER ERFOLG BEIM ALPENSCHUTZ - RÜCKSCHRITTE IM NATURSCHUTZ - BUND NATURSCHUTZ SIEHT TROTZDEM RÜCKEN- WIND FÜR SOZIAL-ÖKOLOGISCHES BAYERN

Die noch vor einem Jahr kaum für möglich gehaltene Kehrtwende der CSU bei der geplanten Skischaukel am Riedberger Horn oder die Wiederin-kraftsetzung des Alpenplans als Ergebnis der neuen CSU/Freien Wähler Koalition machen deutlich, dass die Arbeit des BUND Naturschutz für ein nachhaltigeres Bayern im ausklingenden Jahr sehr erfolgreich war. Das Jahr 2018 hat gezeigt, dass Umwelt- und Klimaschutz zentrale politische Handlungsfelder und wahlentscheidend geworden sind. Mit zum Jahresende 235.000 Mitgliedern und Förderern erreicht Bayerns größter Um-weltverband den größten Mitgliederstand in seiner über 105-jährigen Geschichte. Dies zeigt, dass zunehmend mehr Menschen sich aktiv für die Bewahrung von Bayerns Lebensgrundlagen Boden, Luft und Wasser sowie bei der Rettung bedrohter Tiere und Pflanzen in ihrer Heimat einsetzen. Über eine Million Stunden Gemeinwohlarbeit wurden von den ehrenamt-lich Aktiven in den rund 600 Orts- und Kreisgruppen für den Schutz von Mensch und Natur geleistet. Der BUND Naturschutz zieht aufgrund der umweltpolitischen Ansätze im Koalitionsvertrag und den Entwicklungen in den ersten 50 Tagen der neuen Regierung eine positive „Grüne Bilanz“ 2018.

„Der größte naturschutzpolitische Erfolg des Jahres 2018 ist die Rettung des Riedberger Horns und des Alpenplans. Die Aufgabe der Pläne für eine Ski-schaukel im Frühjahr und die Rücknahme der Alpenplanänderung im Koali-tionsvertrag im Spätherbst sind der Erfolg eines breiten zivilgesellschaftli-chen Bündnisses. Die Entschärfung dieses Konflikts muss richtungsweisend für den Umgang der neuen Staatsregierung mit sensiblen Natur- und Kultur-landschaften sein“, so Richard Mergner, Landesvorsitzender des BUND Na-turschutz.

„Die Klimakrise ist Fakt und in Bayern sichtbar angekommen. Im zurücklie-genden Jahr hat die langanhaltende Dürre – besonders in Unterfranken zu massiven Ernteausfällen geführt. Die ersten sichtbaren Auswirkungen der Klimakrise in Bayern zeigen deutlich, dass jetzt umgesteuert werden muss. Die Arbeit der Kohlekommission muss auch in Bayern dazu führen, dass es einen Neustart bei der Energiewende gibt. Dieser muss eine Vervierfachung der Photovoltaikanlagen bedeuten, hierbei muss das große Potential auf nicht genutzten Dächern gehoben werden. Die Wende hin zu 100% Erneuerbaren Energien ist dringend notwendig, um die schlimmsten Folgen der Klimakrise abzuwenden. Die Generationengerechtigkeit muss zur Richt-schnur für die Energiewendepolitik werden und nicht das Festhalten an al-ten Strukturen und Märchen vom Stromausfall“, so der BUND Vorsitzende Hubert Weiger.

Landesfachgeschäftsstelle

Bauernfeindstr. 23

90471 Nürnberg

Tel. 0911/81 87 8-0

Fax 0911/86 95 68

lfg@bund-naturschutz.de

www.bund-naturschutz.de

Nürnberg, 28.12. 2018

PM 141-18/LFG

Umweltpolitik

Die Gründung einer Landesagentur für Energiewende und Klimaschutz zeigt, dass mittlerweile Energiewende und Klimaschutz zusammengedacht werden. „Die Energiewende benötigt ebenso, wie im Koalitionsvertrag aufgeführt, eine Verkehrswende. Die steigenden Emissionen im Verkehrssektor müssen dringend gestoppt werden“, ergänzt Richard Mergner.

Trotz der Ablehnung des Volksbegehrens zur Reduktion des Flächenverbrauchs hat das breite Bündnis weiter am Ziel, den Flächenverbrauch auf fünf Hektar zu reduzieren, festgehalten. Im zurückliegenden Jahr sind eine Vielzahl von Bürgerbegehren zur Bewahrung von wertvollem Boden, meist mit überwältigender Mehrheit, gewonnen worden. Der seit vielen Jahren umkämpfte Hauptmoorwald in Bamberg steht hier stellvertretend für diese Erfolge. *„Die angekündigte Richtgröße von fünf Hektar und die Evaluation der Anbindegebotslockerungen im Jahr 2020 sind für den BUND Naturschutz die zentralen Faktoren, wie ernst die neue Staatsregierung es mit dem Flächenschutz meint. Das breite zivilgesellschaftliche Bündnis hat mit der Großdemonstration vor der Landtagswahl eindrucksvoll unter Beweis gestellt, wie schlagkräftig es ist“*, so Martin Geilhufe, Landesbeauftragter des BUND Naturschutz.

„Die Ausweisung des Grünen Bandes in Thüringen zum Nationalen Naturmonument ist ein Schritt von international historischer Bedeutung. In Zeiten in denen in Europa wieder Grenzzäune errichtet werden, ist im kommenden Jahr das 30-jährige Bestehen des Grünen Bandes als Lebenslinie ein Symbol für das Zusammenwachsen Europas“, so Hubert Weiger. Die durchgehende Ausweisung des Grünen Bandes in Thüringen zum Nationalen Naturmonument stärkt damit auch den Biotopverbund in Bayern. Der BUND Naturschutz arbeitet daran, dass sich Bayern für die Anerkennung des Grünen Bandes als Weltnatur- und Weltkulturerbe einsetzt. Bayern muss sich engagierter als bisher für das Grüne Band Europa an der bayrisch-tschechischen Grenze als Modell einsetzen.

Ein herber Rückschlag für den Naturschutz ist das kategorische Nein zu einem 3. Nationalpark im neuen Koalitionsvertrag, trotz einer Mehrheit der Bürgerinnen und Bürger Bayerns, die sich einen dritten Nationalpark wünschen. An der Erfüllung dieser zentralen Forderung aller bayerischen Naturschutzverbände wird der BUND Naturschutz besonders im Steigerwald arbeiten. Positive kleine Schritte sind weitere Ausweisungen von Naturwaldreservaten, wie z.B. im September in der Rohrachschlucht im Landkreis Lindau. Die geplante Naturoffensive Bayern mit der Ankündigung eines Artenschutzentrums in Augsburg ist ein wichtiger Schritt, doch hierzu müssen dringend die notwendigen Finanzmittel bereitgestellt werden.

Bei der Biolandwirtschaft ist auch dank des Engagements des BUND Naturschutz eine weitere positive Entwicklung festzustellen. Mit über 50.000 Arbeitsplätzen und ca. drei Milliarden Euro Jahresumsatz stellt die ökologische Land- und Lebensmittelwirtschaft einen wichtigen und zukunftsfähigen Wirtschaftsfaktor dar. Rund 900 Betriebe haben im Jahr 2018 neu auf „Bio“ umgestellt, so dass inzwischen 9.400 Betriebe in Bayern rund 320.000

Landesfachgeschäftsstelle

Bauernfeindstr. 23

90471 Nürnberg

Tel. 0911/81 87 8-0

Fax 0911/86 95 68

lfg@bund-naturschutz.de

www.bund-naturschutz.de

Nürnberg, 28.12. 2018

PM 141-18/LFG

Umweltpolitik

PRESSEMITTEILUNG



Hektar ökologisch bewirtschaften. Dies entspricht knapp 10% der Landwirtschaftsflächen in Bayern.

Die Themen Tierschutz und Tierhaltung gewinnen bei den Verbraucherinnen und Verbrauchern immer größeres Interesse. Der BN setzt sich weiterhin gegen den Bau industrieller Massentierhaltungsanlagen ein. Im Landkreis Pfaffenhofen konnte der BN einen Teilerfolg gegen den Neubau einer industriellen Hähnchenmastanlage erzielen. Die Inbetriebnahme eines 144.000 Mastplätze umfassenden Hähnchenstalls konnte vorerst gestoppt werden, da der Betrieb nicht ausreichend Fläche für die Fütterung der Tiere nachweisen kann. Die Hauptverhandlung findet am 31.1.2019 am Verwaltungsgerichtshof in München statt.

Die Erkenntnis bei Regierung und Verwaltung für den Ausstieg aus der Herbizidlandwirtschaft steigt, so dass am Ausstieg aus der Glyphosatanwendung gearbeitet wird. Der BN hat die Diskussion mit einem Symposium in Freising weiter inhaltlich vorangebracht sowie bei einem Praxistag konventionelle Landwirte über Alternativen zum Herbizideinsatz informiert. Mit einer Umfrage des BN bei allen bayerischen Molkereien zum Glyphosatverzicht bei der Wiesenbewirtschaftung und der Fütterung konnten weitere Impulse zum notwendigen Glyphosatausstieg gesetzt werden. Neben vielen handwerklichen Molkereien und den Biomolkereien haben inzwischen auch drei größere Molkereien einen Glyphosatverzicht bei Ihren Landwirten festgeschrieben. Die Aufklärungsarbeit wird der BN in 2019 fortsetzen.

Für eine umweltgerechtere, klimaschonende und tiergerechtere gemeinsame Agrarpolitik mobilisiert der BUND Naturschutz in einem breiten Bündnis von Imkern, Bauern, Umwelt- und Entwicklungsverbänden am 19. Januar 2019 zur Kundgebung in Berlin unter dem Motto: „Wir haben es satt! Der Agrarindustrie die Stirn bieten“. Unter www.wir-haben-es-satt.de ist die Anmeldung zu Busfahrten aus mehreren Städten Bayerns möglich.

Das Volksbegehren zur „Artenvielfalt und Naturschönheit in Bayern – Rettet die Bienen!“ gleich zu Beginn des Jahres 2019 ist eine Chance für den Naturschutz in Bayern. „Die Hürden sind hoch, doch wir sind optimistisch, dass die Biene zum Symboltier geworden ist und somit die notwendige Mehrheit der Bevölkerung sich für die Rettung der Artenvielfalt vom 31.1. bis 13.2.2019 einträgt“, so Martin Geilhufe.

Mit Eigentum und Pacht betreut und sichert der BN inzwischen ca. 3.200 Hektar schutzwürdiger Lebensräume, verteilt über ganz Bayern. Damit knüpfen Tausende im Artenschutz Aktive an einem „Netz des Lebens“. In über 40 Modellprojekten mit einem Finanzumfang von mehr als einer Million Euro für bedrohte Tier- und Pflanzenarten von der Flussperlmuschel im Landkreis Hof bis zur Rohrachschlucht im Landkreis Lindau ist der BUND Naturschutz in allen Regionen Bayerns aktiv.

Für Rückfragen:

BN-Landesbeauftragter Martin Geilhufe, Tel.: 0172 7954607

Landesfachgeschäftsstelle

Bauernfeindstr. 23

90471 Nürnberg

Tel. 0911/81 87 8-0

Fax 0911/86 95 68

ifg@bund-naturschutz.de

www.bund-naturschutz.de

Nürnberg, 28.12. 2018

PM 141-18/LFG

Umweltpolitik